

Berlin, 6. März 2019

Gesprächsvorbereitung

Herrn Minister

a.d.D.

Betr.:

Teilnahme BM Altmaier an der Sendung Maybrit Illner (ZDF)

Ort:

ZDF-Hauptstadtstudio

Unter den Linden 36-38
(Zugang über Mittelstraße!)
10117 Berlin

Für den Termin am: 07.03.2019, 20:45-22:15 Uhr

Die Staatssekretärin und die Staatssekretäre haben Abdruck erhalten.

Anl.: Ergänzende Sachstände und Sprechenelemente zu:

1. CHN Handels- und Industriepolitik
2. US Handels- und Industriepolitik
3. Investitionsprüfung
4. Künstliche Intelligenz
5. Batteriezellfertigung
6. Europäische Industriepolitik

Ablauf:

20:45 Uhr, spätestens 20:50 Uhr: Eintreffen (über Mittelstraße)

20:50 Uhr: Maske, Vorbesprechung

21:15 Uhr – 22:15 Uhr Aufzeichnung der Sendung

Anschließend: „get-together“

Anlass/Rahmen:

Die Sendung wird sich mit dem Thema „Zwischen Trump und China – rettet die „Planwirtschaft“ Europa?“ befassen. Weitere Schwerpunkte sollen die Handelspolitik (mit Fokus auf CHN und USA) und die Herausforderungen für die europäische Wirtschaftspolitik bilden.

Vom Leitungsbereich auszufüllen	
TGB-Nr.	
Eingang Leitung	
eDW-M-Nr.:	
Abzeichnungsleiste	
PSt z. K.	
St	
AL	
UAL	
Referatsinformationen	
Referatsleiter	
Bearbeiter	
Mitzeichnung	VA1, VE2, VB1, VIB3, IVA6; IVA3
Referat und AZ	IVA1 - 40001/001

Gesprächspartner/innen:

<u>Foto</u>	<u>Kurze Beschreibung des Gesprächspartners</u>
	Sarah Wagenknecht, Co-Vorsitzende Fraktion Die Linke MdEP von 2004-2009 (Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) + stv. Mitglied im Ausschuss für <u>Industrie</u> , Forschung und Energie (ITRE). Sie verteidigte 2008 die vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez beschlossene Verstaatlichung der Ölförderanlagen des US-Konzerns ExxonMobil.
	VDMA Vizepräsident Karl Haeusgen führt das bayerische Maschinenbauunternehmen HAWE Hydraulik SE als Familienunternehmer in 3. Generation. Das Unternehmen ist auch in China tätig
	Sandra Navidi , Juristin, Rechtsanwältin, Bestsellerautorin sowie Gründerin und CEO von BeyondGlobal LLC. Sandra Navidi gilt als Experte für internationale Kapitalmärkte. Seit 2009 ist Navidi Finanzexpertin für n-tv (Teilnahme für die Analyse der internationalen Finanzmärkte und der Strategie von US-Präsident Trump)
	Felix Lee, taz – Auslandskorrespondent China hat viele Jahre in taz-Zentrale in Berlin gearbeitet. Seit 2012 r China-Korrespondent in Peking . 2011 ist sein erstes Buch erschienen: „Der Gewinner der Krise – was der Westen von China lernen kann“, 2014 sein zweites: "Macht und Moderne. Chinas großer Reformen Deng Xiao-ping. Eine Biographie"

Zitate der Mit-Diskutanten:

Wagenknecht:

- Zu US-Einfuhrzöllen im (Mai 18): Trump habe „nicht ganz unrecht“, wenn er auf bessere Einfuhrbedingungen für US-Produkte poche. „An EU-Außengrenzen werden teilweise hohe Zölle auch ggü US- Waren erhoben. Wenn Trump über

deren Höhe verhandeln will, sollte Europa das tun. Es hat Sinn zwischen Partnern, die auf ähnlichem Niveau produzieren, Zölle abzubauen“,

- „Ebenso s legitim ist, Schlüsselbranchen wie Stahl durch Zölle gegen Dumpingkonkurrenz – etwa aus China - zu schützen.
- Nicht verhandelbar ist jedoch der Deal, den Trump im Handelsstreit favorisiert: Aufrüstung gegen Zollfreiheit.“

Haeusgen:

- „Chinesen praktizieren Politik der Einfluss-Sphären. Sind gut beraten, mit unseren westlichen Partnern ähnliche Politik zu entwickeln“ ; Haeusgen forderte Mut ein, „Stecker zu ziehen“, wenn Markt unfair wird.
- “Currently things are going well, but there are big political risks around that could have economic consequences.” If the US-China trade conflict escalates, “it will definitely trigger a slowdown in the global economy,” he says. “And uncertainty always affects the capital goods sector.”

Navidi:

- zu Trump/CHN: "Ich denke er wird versuchen mit China Deeskalation herbeizuführen, das ist auch für China von Interesse, für China wird es langsam eng. Sie waren ja sowieso auf einem geringeren Wachstumskurs und diese Auseinandersetzung mit den USA gibt ihnen noch den Rest. Und es kann sein, dass man da einfach zu einer kosmetischen einfachen Lösung kommt, wo jeder den anderen gut aussehen lässt."
- Das Vertrauen in die Wirtschaft und in politische Führer lässt nach.

Lee:

- Je länger die beiden Mächte sich allerdings gegenseitig hochschaukeln, desto mehr leidet die Wirtschaft.
- Für China ist eine Lösung bitter nötig. Die Wirtschaftslage ist trüb.
- Zu Huawei: Ganz oben auf Trumps Abschussliste steht Chinas höchst erfolgreicher Telekommunikationskonzern Huawei. Eindeutige Beweise haben USA nie vorgelegt. Vielmehr erhärtet sich Eindruck, dass das ebenso vorgeschoben ist wie Vorwurf, Huawei habe gegen Iran-Sanktionen verstoßen.

Das tun andere Unternehmen auch – werden dafür aber nicht so hart
angegangen.

Nationale Industriestrategie 2030
- Punktation -

Ausgangslage Wirtschaft/Industrie

Weltwirtschaft befindet in Prozess rasanter und tiefgreifender Veränderungen.

Zunehmend harte Konkurrenz aus USA und Asien, insbes. China. – Europ. Unternehmen stehen sehr großen und schlagkräftigen Playern aus USA und CHN gegenüber (Zughersteller CRRC)

Z.T. aggressives, protektionistisches Auftreten einiger Staaten (Abkehr von multilateralen Vereinbarungen, Strafzölle).

Anteil Industrie an Bruttowertschöpfung in D 2017 bei 22,9 %; im europ. Durchschnitt bei rund 16 %]

Notwendigkeit für Industriestrategie

Ziel: Angesichts Herausforderungen **Wettbewerbsfähigkeit der DEU und europ. Industrie nachhaltig stärken**

Soziale Marktwirtschaft: Gutes Zusammenspiel von Markt und Staat Voraussetzung für Wachstum, Wohlstand und Teilhabe.

Bei **grundlegenden Strukturbrüchen kann Engagement einzelner Unternehmen nicht ausreichen**, um volkswirtschaftlich wünschenswerte Ergebnisse zu erzielen.

In diesen (Ausnahme-) Fällen auch Staat gefordert!

Langfristiges Ziel: **Globale Soziale Marktwirtschaft** mit einem von allen akzeptiertem „level playing field“!

...

Handlungsfelder der Industriestrategie:

- **Stärkung von Schlüsseltechnologien**, wie z. B. KI, Batteriezellfertigung, autonomes Fahren und Biotechnologie.
- **Stärkung des industriellen Mittelstandes**,
- **Mobilisierung von mehr Wagniskapital für Risikoinvestitionen**,
- **Eintreten für offene Märkte** und Stärkung des Multilateralismus (u.a. Modernisierung WTO),
- **Eintreten für international vergleichbare Rahmenbedingungen** („level playing field“),
- **Förderung und Erhaltung der technologischen Souveränität**,
- **Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen** (z.B. Energiepreise, Steuern und Sozialabgaben),
- **Überprüfung des Beihilfe- und Wettbewerbsrechts (Europ. Champions, Vergabe öffentlicher Aufträge)**

Europäische Dimension der "NIS 2030"

DEU setzt sich deshalb für Entwicklung einer **langfristig angelegten europäischen Industriestrategie** ein.

Bin mit europ. Partnern im Gespräch: Mit FRA-AM le Maire gem. Manifest für europ. Industriestrategie, DEU-POL

Wirtschaftsforum am 18.3. (mit POL-Min für Unternehmertum und Technologie Emilewicz)

BKin und FRA-Pr. Macron unterstützen meine Idee – wird Thema beim ER am 21. März

Industriepolitik soll zentrales Thema der nächsten KOM werden

Weiteres Verfahren auf dem Weg zur Regierungsstrategie

Entwurf ist erster Aufschlag. Freue mich, dass lebhaftere Diskussion in Gang gekommen ist. [u.a. Dialog mit Vertretern der Wissenschaft am 5.03.2019.]

Werde in kommenden Wochen im intensiven Dialog mit Akteuren der Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik (BT-Fraktionen, Länder) Vorschläge zur Sicherung und Wiedererlangung von technologischer Kompetenz und internationaler Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in D und Europa diskutieren.

Unser gemeinsamer Anspruch: Industriestandort D besser für die Zukunft zu wappnen.

Mein Ziel: Bisherigen Entwurf zu einer **Regierungsstrategie** weiterzuentwickeln.

...

Reaktiv:

Zum „Schutz nur für ausgewählte Unternehmen/Branchen“:

Branchen-Aufzählung nicht abschließend, Nennung einzelner Unternehmen lediglich beispielhaft für Unternehmen, die sich erfolgreich am Weltmarkt behauptet haben.

Strategie besagt nicht, dass diese, sondern dass solche Unternehmen auch zukünftig relevant sein werden.

Zu „Übernahme falscher Praktiken“:

Selbstverständlich nicht Ziel, CHN Wirtschaftspolitik zu kopieren. Soziale Marktwirtschaft bleibt Wegweiser für erfolgreiche Wirtschaftspolitik.

Aber: Brauchen für DEU und europ. Unternehmen international vergleichbare Rahmenbedingungen und „level-playing field“, um faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten.

Zu „25% Ziel“:

Zentrales Ziel ist eine weitere Stärkung der industriellen Basis.

Starke Industrie schafft langfristig Wohlstand und hochwertige Arbeitsplätze.

Geht nicht um starre Ziele sondern um klares Bekenntnis zu Industrie.

1. CHN Handels- und Industriepolitik (Referat VE2)

- Offene Märkte sind gefährdet, weil Welthandelssystem mit seinen Regeln nicht von allen Akteuren – wie z.B. CHN akzeptiert wird.
- CHN setzt weiterhin auf industriepolitische Steuerung und/ oder vielfach staatliche Subventionierung der eigenen Industrie – das sieht nicht nur die BReg kritisch.
- „Echte“ wirtschaftliche Zusammenarbeit wird dagegen durch massive Marktzugangsbeschränkungen auf chinesischer Seite erschwert
- Durch staatlich gesteuerte und nicht marktkonforme Finanzierung von Investitionen verzerrt China auch den Wettbewerb in Europa und an-deren Drittstaaten.
- Ziel muss weiterhin sein: Level Playing Field – dazu branchenübergreifende Marktöffnung seitens Chinas notwendig, die nicht nur auf dem Papier stattfindet.
- BReg steht an Seite der EU, um weltweit für offene Märkte, für unverzerrten Wettbewerb und gegen Protektionismus einzutreten. Müssen multilaterales regelbasiertes Handelssystem mit der WTO im Zentrum stärken. Unterstützen Initiativen der KOM zur Modernisierung der WTO.
- Müssen verhindern, dass CHN sein wirtschaftliches Engagement in der EU auch im Rahmen der Belt and Road Initiative für politische Einflussnahme nutzt und damit MS entzweit.
- Deshalb wichtig, auch bestehende Zusammenarbeit zwischen EU, CHN und Asien allgemein im Rahmen der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie auszubauen.
- Zudem hat der zügige Abschluss eines ambitionierten Investitionsabkommens hohe Priorität. CHN sollte kurzfristig neues, deutlich verbessertes Marktzugangsangebot vorlegen.
- Die Verhandlungen zu diesem Investitionsabkommen, bei dem es v.a. auch um mehr Marktzugang für unsere Unternehmen in CHN geht, ist der Lackmустest für die tatsächliche CHN-Bereitschaft zur Marktöffnung, jenseits aller Ankündigungen.
- Der EU-CHN Gipfel am 09.04. in Brüssel wird zeigen, wie ernst es CHN meint.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

2. US Handels- und Industriepolitik (Referat VA1)

Allgemein:

...

- Angespannte handelspolitische Lage mit USA. Kerninteresse DEU ist konstruktive Gestaltung der transatlantischen Handelsbeziehungen. Begrüßen Einigung Juncker / Trump vom 25. Juli, KOM arbeitet intensiv an Umsetzung (KOM'in Malmström ab 6. März in Washington D.C.).
- Unterstützung für zügige Verabschiedung der Verhandlungsmandate für Industriezollabkommen und Abkommen zur Konformitätsbewertung. EU-Signal für Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit sowohl vor EP-Wahl als auch für US-Debatte wichtig.
- Gespräche über positive Handelsagenda mit den USA sollten auf realistischen und engen Umfang begrenzt bleiben, auf Deeskalation zielender Ansatz; keine Verhandlungen über Agrartheme.
- Müssen unsere bilateralen Handelsbeziehungen konstruktiv gestalten – Abbau von Zöllen, statt neue Zölle.
- Gleichzeitig gemeinsam Herausforderungen in der Handelspolitik zu level-playing field Fragen (CHN) und Reform der WTO angehen. Liegt klar im beiderseitigen transatlantischen Interesse.

Autozölle:

- Wir gehen davon aus, dass die EU wegen der derzeit laufenden Gespräche über eine positive Handelsagenda von möglichen Maßnahmen ausgenommen wird.
- Autoimporte sind keine Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA. Im Gegenteil: Europäische Automobilhersteller und Zulieferfirmen schaffen zahlreiche gut bezahlte Arbeitsplätze in den USA und sorgen für Wachstum und Beschäftigung.
- Die USA sind für deutsche Autobauer ein wichtiger Produktionsstandort: Deutsche Automobilhersteller beschäftigen in den USA ca. 117.000 Mitarbeiter: knapp 37.000 direkt bei deutschen Automobilherstellern, ca. 80.000 bei Zulieferern.
- Der transatlantische Handel mit Autos und Autoteilen ist eine wichtige Stütze der deutschen Automobilindustrie (1/4 der deutschen Exporte in die USA). Hoher Anteil europäischer Wertschöpfung steckt in deutschen Exporten – deshalb wäre EU insgesamt von Autozöllen betroffen, nicht nur DEU!

Stahl- und Aluminiumzölle:

3. Investitionsprüfung (Referat VB1)

- Vor gut zwei Jahren hat die Übernahme des Roboterherstellers KUKA durch MIDEA das Thema unionsfremder Direktinvestitionen in den Fokus der politischen Aufmerksamkeit gerückt. Die Europäische Union gewährleistet Kapitalverkehrsfreiheit und bietet Investoren einen offenen Markt und beste Investitionsbedingungen.
- Ausländische Direktinvestitionen tragen gerade in Deutschland ganz wesentlich zu Wachstum, Wohlstand und zur Erhaltung von Arbeitsplätzen bei.
- Gerade für den Industriestandort Deutschland sind ausländische Direktinvestitionen ein wesentlicher Treiber für Wertschöpfung und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Vertragsfreiheit ist dabei ein zentraler Pfeiler wettbewerblich organisierter Volkswirtschaften.
- Andererseits können wir aber nicht einfach zusehen, wenn unsere Offenheit von Drittstaaten dazu missbraucht wird, industriepolitische oder sogar geostrategische Ziele zu verfolgen. Dies gilt umso mehr, als die Heimatmärkte dieser Staaten europäischen Investoren oftmals weitgehend verschlossen bleiben.
- Direktinvestitionen müssen wechselseitig zu vergleichbaren Bedingungen möglich sein und nach marktwirtschaftlichen Kriterien erfolgen. Staatliche Vorgaben und/oder staatliche Finanzierung haben hier keinen Platz.
- Es ist insbesondere nicht nachvollziehbar, dass wir als Europäische Union drittstaatlich gesteuerte Direktinvestitionen zu Konditionen zulassen, die bei einem vergleichbar agierenden Mitgliedstaat längst zu einem beihilferechtlichen Einschreiten der Kommission geführt hätten. Spätestens dann, wenn solche Investitionen staatliche Sicherheitsinteressen gefährden oder Programme von besonderem Unionsinteresse beeinträchtigen, müssen wir handeln.

Sachstand:

Änderung der Außenwirtschaftsverordnung

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

4. Künstliche Intelligenz (Referat VIB3)

- Die BReg hat sich mit ihrer **Strategie KI** vom 15. November 2018 **drei Ziele** gesetzt:
 - DEU und Europa zu einem führenden **KI-Standort** zu machen und so **Wettbewerbsfähigkeit** zu sichern
 - eine **verantwortungsvolle und gemeinwohlorientierte Entwicklung** und Nutzung von KI sicherzustellen, und
 - **KI** im Rahmen eines breiten gesellschaftlichen Dialogs und einer aktiven politischen Gestaltung **ethisch, rechtlich, kulturell und institutionell in die Gesellschaft einzubetten**.
- Dafür bis 2025 insg. **3 Mrd. Euro**, insb. für **Transfer in die Wirtschaft**. Ziel: Hebeleffekte erreichen und dadurch weitere Investitionen in mindestens derselben Höhe auszulösen.
- Wollen zudem **Dateninfrastrukturen** als zentrale Grundlage für KI-Anwendungen schaffen und mehr **Fachkräfte**.
- Wichtig, dass **Transfer** von Wissen, das in der Forschung entsteht, in die Praxis der Unternehmen und Geschäftsmodelle im Mittelpunkt steht. Hier liegen unsere Stärken & größten Potentiale. Deshalb werden wir „**KI-Trainer**“ in KMU senden, und zwar über die mittlerweile 25 Mittelstand 4.0 Kompetenzzentren in den Regionen. Unser Ziel sind mind. 1.000 aufgesuchte Unternehmen pro Jahr.
- Wir werden mit der **Transferinitiative** Unternehmen dabei unterstützen, Ergebnisse der Forschung schneller in Produkte und Verfahren umzusetzen.
- Zur Förderung der Gründungsdynamik, insbesondere im wissenschaftlichen Bereich, werden wir die Haushaltsmittel für **EXIST**, dem Programm für Existenzgründungen aus der Wissenschaft, 2019 gegenüber den Vorjahren verdoppeln.
- Teil der DEU Strategie ist auch die **nationale und internationale Vernetzung**. Die Zusammenarbeit mit europäischen Partnern und der EU ist Kernbestandteil dieser Bestrebungen.
- **[Reaktiv:] DEU begrüßt Entwurf der ethischen Leitlinien für vertrauenswürdige KI**. BReg hat für Fragestellungen zum Umgang mit Daten

die Datenethikkommission eingesetzt. Zu dem Entwurf der ethischen Leitlinien wird die BReg schriftlich Stellung nehmen.

Sachstand:

BReg hat am **15. November 2018 Strategie Künstliche Intelligenz beschlossen (FF: BMWi/BMBF/BMAS) und auf dem Digitalgipfel Anfang Dezember 2018 in Nürnberg** vorgestellt. Die BReg hat dazu angekündigt, **bis 2025 insgesamt 3 Mrd. €** zu investieren, auch unter Einsatz von Mitteln zur F&E zur Erreichung des 3,5%-Ziels. Für 2019 sind dazu in einem ersten Schritt 50 Mio. € plus 450 Mio. € Verpflichtungsermächtigungen eingeplant (Ressortaufteilung noch offen).
Übergreifende **Ziele der Strategie** sind:

- I. Deutschland und Europa zu einem **führenden Standort** für die Entwicklung und Anwendung von KI-Technologien zu machen und die **künftige Wettbewerbsfähigkeit** Deutschlands zu **sichern**,
- II. eine **verantwortungsvolle und gemeinwohlorientierte Entwicklung und Nutzung** von KI sicherzustellen, und
- III. KI im Rahmen eines **breiten gesellschaftlichen Dialogs** und einer **aktiven politischen Gestaltung** ethisch, rechtlich, kulturell und institutionell in die Gesellschaft einzubetten.

Handlungsfelder der Strategie sind: 1) Forschung in Deutschland und Europa stärken, 2) Innovationswettbewerbe und -cluster zu KI, 3) Transfer in die Wirtschaft, 4) Gründungsdynamik stärken, 5) Strukturwandel in Arbeitswelt/-markt gestalten, 6) Ausbildung stärken / Fachkräfte gewinnen, 7) KI in der Verwaltung nutzen, 8) Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit steigern, 9) Ordnungsrahmen anpassen / Rechtssicherheit schaffen, 10) Standards setzen, 11) Nationale und internationale Vernetzung, 12) Dialoge in der Gesellschaft führen.

EU-Ebene:

KOM hat unter der **Leitung der bestehenden „High Level Group on Digitising European Industry“** einen **„Coordinated Plan on AI“** als Strategie der EU zur Künstlichen Intelligenz am 07. Dezember veröffentlicht. Es werden dabei vor allem **Maßnahmen der EU** vorgeschlagen, die sich jeweils auf die Phase 2018-2020 (aktuelle Finanzperiode der EU/MFR; hauptsächlich **Horizon 2020-Programm**) sowie den Zeitraum 2020 ff. (nächster MFR; hauptsächlich geplante **Digital Europe-** und **Horizon**

Europe-Programme) beziehen. **Ergänzend** werden **MS** zu entsprechenden Aufwendungen aufgefordert.

[Zu den Draft Ethics Guidelines der HLEG:

Die Zielsetzung der durch die EU Kommission eingesetzte AI HLEG ist es, die europäischen Strategieansätze für KI zu unterstützen. Dafür soll sie Handlungsempfehlungen geben. Nach dem Leitlinienentwurf setzt sich vertrauenswürdige KI aus zwei Bestandteilen zusammen:

- 1) Ethische Zielsetzung (**ethical purpose**)
- 2) Technische Zuverlässigkeit (**technically robust & reliable**)

5. Batteriezellfertigung (Referat IVA6)

- Wir alle brauchen in der Zukunft mehr Stromspeicher. Deshalb ist die Batterietechnologie eine Schlüsseltechnologie, die in Zukunft in den privaten Haushalten, aber auch in der Industrie, bei der Elektrifizierung der Verkehrssysteme und der stationären Speicherung erneuerbarer Energien unentbehrlich sein wird.
- Der weltweite Bedarf wird sich bis 2030 nach seriösen Schätzungen mehr als verzehnfachen. Die damit verbundenen Wertschöpfungseffekte für die Volkswirtschaft sind enorm, die Beherrschung und Anwendung dieser Technologie in großem Maßstab ist für Deutschland und Europa eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit.
- Denken wir zum Beispiel an das Auto. Elektromobilität ist weltweit der Schlüssel zu klimafreundlicher Mobilität und gleichzeitig ein wichtiger Baustein der Energiewende. Leistungsfähige Batterien sind dafür absolute Voraussetzung. Damit wir auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben, neue Arbeitsplätze schaffen und unseren Wohlstand sichern, müssen wir die Batterietechnologie für Deutschland und Europa sichern.
- In einer sozialen Marktwirtschaft ist es primär die Aufgabe privater Unternehmen, neue Technologien und damit auch eine industriell wettbewerbsfähige Batteriezellproduktion zu entwickeln, aufzubauen und marktfähig zu machen.
- Aufgabe des Staates ist es, hierfür notwendige Rahmenbedingungen zu schaffen und zeitlich begrenzte Anschubhilfe zu leisten. Ich habe bis zu 1 Milliarde Euro bereitgestellt, um deutsche und europäische Unternehmen zu fördern, wenn diese gemeinsam mit europäischen Partnern in die Batteriezellproduktion einsteigen.
- Die Industrie in Deutschland gehört zu den innovativsten der Welt. Ich bin zuversichtlich, dass sie in der Lage ist, Batteriezellen mit hoher Energiedichte und Leistungsfähigkeit zu wettbewerbsfähigen Preisen zu produzieren.
- Dazu kommt: Deutschland und Europa stehen für nachhaltige und umweltverträgliche Produktions- und Entsorgungsbedingungen sowie für faire Arbeitsbedingungen in der gesamten Wertschöpfungskette.
- Das Interesse ist groß nicht nur in Deutschland, sondern beispielsweise auch in Frankreich, Polen, Italien, Schweden, Belgien oder Österreich. Mit meinen

Amtskollegen aus diesen Ländern, mit Vizepräsident Sefcovic, mit Kommissarin Vestager und natürlich mit der Industrie führe ich seit geraumer Zeit Gespräche.

- Die Industrie arbeitet mit Hochdruck an Kooperationen. Nach Ablauf der Einreichungsfrist der Bekanntmachung wird über Fördermöglichkeiten für Konsortien sowie über Standorte entschieden.

Sachverhalt

Batterietechnologie ist eine Schlüsseltechnologie, die über alle Bereiche der industriellen Wertschöpfung, insbesondere aber für die Elektrifizierung der Verkehrssysteme, die Speicherung Erneuerbarer Energien sowie in privaten Haushalten, unentbehrlich sein wird.

Im Februar hat das Bundeswirtschaftsministerium eine Bekanntmachung zur geplanten Förderung einer Batteriezellproduktion in Deutschland und Europa im Bundesanzeiger veröffentlicht. Interessierte Unternehmen und Konsortien konnten Projektideen zum Aufbau einer wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Batteriezellproduktion einreichen (Einreichungsfrist endete 15.03.2019).

Ziel ist die Schaffung eines Verbundes für die Herstellung von Batteriezellen der neuesten Generationen, gemeinsam mit anderen europäischen Staaten. Es wird sich vss. ein mehrmonatiger Diskussionsprozess mit der EU-KOM anschließend, um die beihilferechtliche Genehmigung für dieses Vorhaben zu erhalten.

6. Europäische Industriepolitik (IVA1)

- Entwicklung langfristiger europäischer Strategie hohe Bedeutung, da europäische Industrie Kernbestandteil des europäischen Wirtschaftsgefüges und wichtiger Teil der kulturellen Identität der EU.
- Vorlage nationaler Industriestrategie wird als wichtiger Impuls empfunden (so Rückmeldung von EU-Partnern), breites und zum überwiegenden Teil positives Echo.
- Daher auch Thematisierung industriepolitischer Themen auf dem kommenden Europäischen Rat (18.3.19).
- Zunehmend protektionistisch angelegte Industriestrategien andere Länder erfordern europäische Antwort (-> Mehrwert durch Europa).
- IPCEI-Thematik zeigt richtige Richtung auf: Entwicklung pan-europäische Wertschöpfungsketten, damit gemeinsam Schlüsseltechnologien der Industrie in Europa geschützt und gestärkt werden. Z.B. IPCEI Mikroelektronik, und hoffentlich viele weitere (z.B. kohlenstoffarme Produktion, Wasserstoff ...)

Sachstand:

*Eine starke Industrie ist **essenziell für die wirtschaftliche Leistungskraft der EU und bildet zudem auch ein identitätsstiftendes Charaktermerkmal** der EU.*

*Nach Vorlage der **Nationalen Industriestrategie 2030** durch BM Altmaier am 5.2.2019 ist die industriepolitische **Debatte auch auf europäischer Ebene neu entflammt**. Das Echo sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene ist groß. [REDACTED]*

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED] Die DEU **Nationale Industriestrategie** wird somit als **möglicher kräftiger Impulsgeber** für die europäische Debatte verstanden. BMWi begrüßt daher sehr, dass **industriepolitische Themen für den Europäischen Rat im März 2019** angekündigt wurden.

[REDACTED]
[REDACTED] Zuletzt veröffentlichten FRA und DEU Wirtschaftsminister am 19.02.19 ein **gemeinsames industriepolitisches Manifest**. [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Zunehmend beachtet wird die Arbeit des von der KOM eingesetzten **Strategischen Forums für wichtige Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI)**. Neben den teils realisierten Plänen für IPCEI in den Bereichen Mikroelektronik, Batterien und Hochleistungsrechnern wurden weitere **sechs strategische europäische Wertschöpfungsketten ausgewählt** (Connected, clean and autonomous vehicles, Smart health, Low-carbon industry, Hydrogen technologies and systems, Industrial Internet of Things, Cyber-security). [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Friends of Industry: FRA richtete im Dez 2018 die sechste Konferenz der „Friends of Industry“ (Teilnahme BM Altmaier) aus, die in einer gemeinsamen industriepolitischen Erklärung von 20 EU-MS mündete. Schwerpunkte waren die künftige europäische Industriestrategie, die Auswahl und Stärkung bestimmter Wertschöpfungsketten sowie die Stärkung der Rolle des Wettbewerbsfähigkeitsrates

